

30.04.2024

Gemeinde Braunsbach

Gebührenkalkulation Wasser

01.01.2024 bis 31.12.2026



Inhalt

1. Ausgangssituation/Beratungsauftrag	3
2. Rechtsgrundlagen	3
3. Öffentliche Einrichtung	3
4. Vorgehensweise	4
4.1. Kostenermittlung	4
4.2. Divisionskalkulation	4
5. Abschreibungen	5
6. Verzinsung des Anlagekapitals	5
7. Beteiligungen	6
8. Kostendeckung und Gewinnerzielung	6
9. Berechnungsvarianten der Verbrauchsgebühren	7
10. Leistungseinheiten	7
11. Gemeindebetreff	7
12. Grundgebühr	8
13. Bereitstellungsgebühren	9
13.1. Örtliche Situationen	9
13.2. Rechtliche Voraussetzungen	9
14. Ermessensentscheidungen	10



1. Ausgangssituation/Beratungsauftrag

Die Gemeinde Braunsbach erteilte uns den Auftrag, eine Gebührenkalkulation für die Wasserversorgung, untergliedert in die Verbrauchs-, Bereitstellungs- und Grundgebühr, für den Bemessungszeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2026 zu erstellen.

Zur Erstellung der Gebührenkalkulation fanden mehrere Besprechungen statt, in denen uns Frau Onorati die nötigen Auskünfte gab und uns mit Unterlagen unterstützte. Für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit möchten wir uns herzlich bedanken.

2. Rechtsgrundlagen

Die vorliegende Gebührenkalkulation beruht auf den §§ 13 und 14 Kommunalabgabengesetz (KAG). Danach können die Gemeinden für die Benutzung ihrer öffentlichen Einrichtungen Benutzungsgebühren erheben.

Über die Höhe des Gebührensatzes hat der Gemeinderat als zuständiges Rechtsetzungsorgan innerhalb der gesetzlichen Schranken nach pflichtgemäßem Ermessen zu beschließen. Voraussetzung für eine sachgerechte Ermessensausübung ist eine Gebührenkalkulation, aus der die kostendeckende Gebührensatzobergrenze hervorgeht.

3. Öffentliche Einrichtung

Bei der Wasserversorgung handelt es sich gemäß § 1 Abs. 1 der Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Braunsbach um eine öffentliche Einrichtung in der Rechtsform eines Eigenbetriebs.



4. Vorgehensweise

4.1. Kostenermittlung

Bei der Ermittlung der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten haben wir uns an die Vorgaben des Teilergebnisplans 2024 sowie an die Planansätze für die Jahre 2025 bis 2026 gehalten.

Für die Ermittlung der ansatzfähigen kalkulatorischen Kosten wurde der Anlagenachweis Stand 31.12.2021 zugrunde gelegt, die im Bemessungszeitraum vollständig abgeschrieben Investitionen und Zuschüsse der Gemeinde abgezogen und anhand der voraussichtlichen Zugänge bis zum Ende des Berechnungszeitraums weiterberechnet. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme bzw. des Zugangs der Anlagegüter wurde mit der Verwaltung abgestimmt.

Zur Vermeidung steuerpflichtiger Gewinne hat die Gemeinde die Gewinnerzielungsabsicht nach § 1 Abs. 3 der Wasserversorgungssatzung ausgeschlossen.

4.2. Divisionskalkulation

Die so ermittelten Kosten werden durch die uns von der Gemeinde Braunsbach mitgeteilten geschätzten Leistungseinheiten geteilt, um die Gebührensatzobergrenze zu ermitteln.

Schema:

$$\text{Gebührensatz-obergrenze} = \frac{\text{voraussichtlich gebührenfähige Gesamtkosten}}{\text{Summe der voraussichtlich maßstabsbezogenen Benutzungs- bzw. Leistungseinheiten}}$$



5. Abschreibungen

Mit den "angemessenen Abschreibungen" soll die tatsächliche Abnutzung betriebsnotwendiger Anlagen durch den Gebrauch wertmäßig erfasst und als Kosten auf die einzelnen Jahre der mutmaßlichen Nutzungsdauer aufgeteilt werden. Nach § 14 Abs. 3 KAG dürfen die Kosten nur mit ihrem Anschaffungs- oder Herstellungswert in die Gebührenkalkulation aufgenommen werden. § 14 Abs. 3 Satz 4 KAG gestattet mit der Brutto- oder Nettomethode wahlweise zwei Abschreibungsverfahren.

Die Gemeinde Braunsbach schreibt ihre Anlagen in der Wasserversorgung nach dem Bruttoverfahren ab. Beiträge, Zuschüsse Dritter und Zuweisungen und Zuschüsse vom Land werden als Ertragszuschüsse passiviert und jährlich mit einem durchschnittlichen Auflösungssatz aufgelöst.

Die Abschreibungs- und Auflösungssätze für die Zugänge im Anlagevermögen wurden in der vorliegenden Kalkulation unter Verwendung der örtlichen Nutzungsdauern angesetzt. Die Abschreibungen und Auflösungen für bestehendes Anlagevermögen wurden um die im Kalkulationszeitraum vollständig abgeschrieben bzw. aufgelösten Investitionen, Beiträge und Zuschüsse Dritter korrigiert.

Die Gemeinde Braunsbach schreibt ihr Anlagevermögen monatsgenau ab. Für das voraussichtlich hinzukommende Anlagevermögen wurden die voraussichtlichen Zeitpunkte der Inbetriebnahme (Abschreibungsbeginn) mit der Verwaltung abgestimmt.

6. Verzinsung des Anlagekapitals

Die Gemeinde Braunsbach hat die Gewinnerzielungsabsicht für den Eigenbetrieb Wasserversorgung gemäß § 1 Abs. 3 der Wasserversorgungssatzung ausgeschlossen. Bei Beibehaltung einer gewinnlosen Wasserversorgung sind nicht die kalkulatorischen, sondern die tatsächlichen Zinsen zu Grunde zu legen. Daher wurden in der vorliegenden Kalkulation des Gebührensatzes die zu erwartenden Zinsaufwendungen für die aufgenommenen Darlehen in Ansatz gebracht.



7. Beteiligungen

Die Gemeinde Braunsbach ist am Zweckverband Wasserversorgung Kochereckgruppe beteiligt.

Der Verband erhebt zur Deckung seines Aufwands eine Betriebskosten- und Festkostenumlage, in der neben den auf die Gemeinde anteilig entfallenden Betriebskosten auch die anteiligen Abschreibungen enthalten sind.

Steuerrechtlich werden lediglich die tatsächlichen Umlagezahlungen anerkannt. Diese werden in der Kalkulation unter Anwendung steuerrechtlicher Aspekte berücksichtigt.

Ab dem 01.01.2022 und in den Folgejahren wurden bzw. werden Anlagen der Mitgliedskommunen Braunsbach, Kupferzell und Untermünkheim ins Eigentum des Zweckverbands Wasserversorgung Kochereckgruppe übertragen.

8. Kostendeckung und Gewinnerzielung

Bei der Gebührenkalkulation gilt allgemein das Kostendeckungsprinzip, das heißt, dass maximal eine Kostendeckung von 100 % anzustreben ist. Ergeben sich am Ende eines Bemessungszeitraumes Kostenüberdeckungen, so hat die Gemeinde gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 KAG die Pflicht, diese innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen.

Die allgemeine Regelung in § 14 Abs. 2 Satz 2 KAG wird im Bereich der Wasserversorgung durch die speziellere Regelung in § 14 Abs. 1 Satz 2 KAG außer Kraft gesetzt. Hiernach können Versorgungseinrichtungen einen angemessenen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen. Erträge sind nur dann tatsächlich realisiert, wenn sie keine Ausgleichsverpflichtung nach sich ziehen. Daher sind (nach KAG entstehende) Gewinne der Wasserversorgung aus kommunalabgabenrechtlicher Sicht nicht zwingend auszugleichen.

Die Gewinnerzielungsabsicht ist nach § 1 Abs. 3 der Wasserversorgungssatzung ausgeschlossen.

In der vorliegenden Kalkulation wurden die Gebührensätze daher auf Basis steuerlich ansatzfähiger Kosten bei Beibehaltung einer (nach steuerlichen Ansätzen) gewinnlosen Wasserversorgung (keine volle Kostendeckung nach KAG) ermittelt.

Die Möglichkeit der ermäßigten Abgabe von Wasser an die Gemeinde gemäß § 14 EigBVO wird nach Auskunft der Verwaltung nicht in Anspruch genommen.



9. Berechnungsvarianten der Verbrauchsgebühren

Bei einer voll kostendeckenden Gebührenerhebung nach KAG entstehen, soweit keine steuerlichen Verlustvorträge aus Vorjahren mehr bestehen, in der Regel ertragsbezogene Steuerpflichten für die Wasserversorgung. Dies ist durch unterschiedliche Kostenansätze nach dem Kommunalabgabenrecht und dem Steuerrecht begründet. So sind steuerlich anstelle kalkulatorischer Zinsen lediglich tatsächliche Fremdkapitalzinsen ansatzfähig.

Um mögliche Körperschaft- und Gewerbesteuerpflichten zu vermeiden, haben manche Gemeinden die Gewinnerzielungsabsicht für die Wasserversorgung per Satzungsbestimmung ausgeschlossen. Damit keine Steuerpflichten entstehen, dürfen in der Gebührenkalkulation in diesen Fällen nur die steuerlich ansatzfähigen Kosten berücksichtigt werden (soweit keine Verlustvorträge mehr bestehen, diese könnten gegebenenfalls zum Ausgleich angesetzt werden).

Nach Abstimmung mit der Verwaltung sollte in der vorliegenden Kalkulation kein Ausgleich berücksichtigt werden.

Die Variante auf Grundlage des Ausschlusses der Gewinnerzielungsabsicht wird allerdings von der Gemeindeprüfungsanstalt nicht empfohlen. Es müssten zwar weiterhin keine ertragsbezogenen Steuern entrichtet werden. Die Gemeinde verzichtet aber auf die Erhebung kostendeckender Gebühren auf Grundlage des KAG.

10. Leistungseinheiten

Für die Prognose der Leistungseinheiten über den Berechnungszeitraum wurde auf der Grundlage der veranlagten Wassermengen der Jahre 2020-2022 in Absprache mit der Verwaltung die voraussichtliche zukünftige Entwicklung geschätzt.

11. Gemeindebetreff

Die Kosten für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen durch die Gemeinde selbst wurden auf der Leistungsseite mit in die Gebührenkalkulation eingestellt, da Schulen und andere öffentliche Gebäude eigene Zähler haben und somit die Leistungsmenge genau ermittelt werden konnte.



12. Grundgebühr

Zur Finanzierung der Fixkosten, die durch die ständige Vorhaltung einer betriebsbereiten öffentlichen Einrichtung entstehen, besteht die Möglichkeit neben der Leistungsgebühr eine Grundgebühr zu erheben. In Baden-Württemberg ist dies im Unterschied zu anderen Bundesländern zwar nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt, jedoch ist allgemein anerkannt, dass eine verbrauchsunabhängige Grundgebühr grundsätzlich zulässig ist (BVerwG Berlin, 25.10.2001, 9 BV 4.01).

Die Heranziehung Betroffener zur Abgeltung verbrauchsunabhängiger Vorhaltekosten durch Zahlung einer Grundgebühr ist durch die Erwägung gerechtfertigt, dass die Betroffenen den Wasseranschluss beziehungsweise die Wasserversorgungseinrichtung jederzeit in Anspruch nehmen können (VGH Mannheim, 16.06.1999, 2 S 782.98). Die Grundgebühr stellt demnach ein rechtlich zulässiges Instrument dar, um die Verbraucher geringer Wassermengen an den unabhängig vom Ausmaß der tatsächlichen Inanspruchnahme der Wasserversorgungseinrichtung entstehenden Fixkosten angemessen zu beteiligen.

Ob in die Grundgebühr alle Fixkosten einkalkuliert werden dürfen, wird von der Rechtsprechung nicht einheitlich beurteilt. Es wird teilweise ein Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip gesehen, wenn die durch eine sehr hohe Grundgebühr folglich sehr geringe Verbrauchsgebühr in keinem angemessenen Verhältnis mehr zur Gegenleistung steht. Die von einigen Gerichten angenommenen (unterschiedlichen) Obergrenzen sind nicht verallgemeinerungsfähig.

So hat zum Beispiel das OVG Lüneburg in seinem Urteil vom 24.06.1998, 9 L 2722.96 entschieden, dass die Grundgebühr im Durchschnittsfall nicht mehr als 50 % der Gesamtgebühr betragen dürfe, da sonst der ökologische Anreiz zu sparen verloren gehe. Das Bundesverwaltungsgericht geht davon aus, dass Bundesrecht einer Einbeziehung der gesamten Fixkosten in die Grundgebühren nicht entgegensteht.

In der vorliegenden Gebührenkalkulation haben wir in Abstimmung mit der Verwaltung **65,0 %** der kalkulatorischen Kosten in die Kalkulation der Grundgebühren einbezogen. Der Anteil der Gesamtkosten, der über Grundgebühren finanziert wird, liegt damit bei **11,46 %**.

Bei der Bemessung der Grundgebühr ist ihrem Wesen nach eine Differenzierung nach dem Maß der Benutzung der Einrichtung in gleicher Weise geboten wie bei der Leistungsgebühr.

Eine Erhebung, die sich an Art und Umfang der aus der Lieferbereitschaft folgenden abrufbaren Arbeitsleistung bemisst, ist zulässig. Hierzu zählen in der Wasserversorgung beispielsweise ein an der Normgröße des Wasserzählers oder an der Anzahl der haushaltsangehörigen Personen orientierter Wahrscheinlichkeitsmaßstab.



Die ermittelten Kosten werden in der Kalkulation durch die entsprechenden Bemessungseinheiten geteilt, um die Grundgebührensatzobergrenze zu ermitteln. Als Bemessungseinheit bei der Grundgebühr soll die Anzahl der vorhandenen Zähler, gewichtet nach den unterschiedlichen Größen der Zähler nach Dauerdurchfluss (Q_3), dienen.

Die zu erwartenden Einnahmen werden in der Kalkulation der Leistungsgebühren in Abzug gebracht.

13. Bereitstellungsgebühren

13.1. Örtliche Situationen

Für das Bereithalten von Wasser sowie für Reserveanschlüsse erhebt die Gemeinde Braunsbach eine Bereitstellungsgebühr. Reserveanschlüsse dienen zur Deckung eines Spitzenbedarfs oder zum Ersatzbezug.

13.2. Rechtliche Voraussetzungen

Würden die privaten Brunnen ausfallen, müssten die Grundstückseigentümer auf die öffentliche Einrichtung Wasserversorgung zurückgreifen. Hier liegt eine Vorhalte- oder Bereitstellungsleistung der Gemeinde vor, für die Bereitstellungsgebühren erhoben werden können.

Benutzer der öffentlichen Einrichtung ist auch derjenige, für den die Gemeinde für besondere Bedarfsfälle Wasser bereithält (VGH Mannheim, 08.06.1978). Die Einverständniserklärung durch den Benutzer kann auf Antrag ausdrücklich oder durch schlüssiges Verhalten bekundet werden.

Im Bemessungszeitraum 2024-2026 wird die Bereitstellungsmenge von der Gemeindeverwaltung mit rund 32.100 m³, die bezogene Frischwassermenge mit rund 451.500 m³ prognostiziert. Gegenüber einer Gesamtmenge von 483.600 m³ beträgt der Anteil der bereitgehaltenen Wassermenge damit 6,64 %.



14. Ermessensentscheidungen

Bei der Gebührenkalkulation handelt es sich um ein Kontrollinstrument zur Überprüfung des Gebührensatzes als rechnerisches Endergebnis. Sie muss vom Gemeinderat bei der Beschlussfassung über die Höhe des Gebührensatzes gebilligt werden und dient als Nachweis darüber, dass der Gemeinderat das ihm bei der Kostenermittlung eingeräumte Ermessen über die Höhe des Gebührensatzes fehlerfrei ausgeübt hat (VGH Mannheim, 07.09.1987, 2 S 998.86, sowie 24.11.1988, 2 S 1168.88 und 31.08.1989, 2 S 2805.87).

Der Gemeinderat hat Ermessensentscheidungen in folgenden Bereichen zu treffen:

I. Auswahlermessen

- I.1. Höhe des Gebührensatzes
- I.2. Kalkulationszeitraum für die Gebühr (max. 5 Jahre)
- I.3. Einstellung der gebührenfähigen Kosten
- I.4. Ausrichtung der Kalkulation an rein abgabenrechtlichen Aspekten oder Berücksichtigung steuerrechtlicher Belange (gewinnlose Wasserversorgung)
- I.5. Ansatz der kalkulatorischen Verzinsung (abgabenrechtlich) oder Ansatz von tatsächlichen Fremdkapitalzinsen (steuerrechtlich)
- I.6. Höhe der Abschreibungssätze
- I.7. Abschreibungsmethode (Brutto- oder Nettomethode)
- I.8. Berücksichtigung von Vorjahresergebnissen
- I.9. Festlegung der Äquivalenzziffern bei der Grundgebührenkalkulation
- I.10. Festlegung der Bemessungseinheit bei der Grundgebührenkalkulation
- I.11. Festlegung des Anteils fixer Kosten bei der Grundgebührenkalkulation
- I.12. Erhebung einer Bereitstellungsgebühr



II. Prognoseermessen

- II.1. Preisentwicklung bei den Betriebskosten
- II.2. geschätzte Hochrechnung der kalkulatorischen Kosten anhand der Ergebnisse des Anlagenachweises vom 31.12.2021 und der Zugänge 2022 bis 2026
- II.3. geschätzte Menge der Leistungseinheiten
- II.4. Entwicklung der Anzahl und Art der Wasserzähler bei der Kalkulation der Grundgebühren

Diese Auflistung zeigt deutlich, in welchem Umfang die Rechtsprechung die Gebührenkalkulation zur Beratungsgrundlage des Ortsgesetzgebers gemacht hat. Zu diesem Zweck wurde das nachfolgende Zahlenmaterial so übersichtlich und transparent wie möglich aufbereitet.

Obersulm, 30.04.2024

Allevo Kommunalberatung

Jens Colberg

Wirtschaftsjurist (LL.M.)

Kalkulation

Inhaltsverzeichnis

Übersicht über die Berechnungsergebnisse		13
Berechnung der Wasserverbrauchsgebühr		14
Berechnungsgrundlagen		
Anlage 1	Aufstellung der Kosten und Erlöse 2024-2026	15
Anlage 2	Anlagenachweis zum 31.12.2021 Gemeinde	16
Anlage 3	Zugänge bei Investitionen und Ertragszuschüssen Gemeinde	17
	Fortschreibung der kalkulatorischen Kosten Gemeinde	17
	Darstellung der Verzinsung Gemeinde	17
Anlage 4	Wassermengen	18
Bereitstellungsgebühren		
Anlage 5	Bereitstellungsgebühr Wasser (steuerrechtliche Aspekte)	19
Grundgebühr Wasser		
Anlage 6	Grundgebühr Wasser	20

Berechnungsergebnisse für den Bemessungszeitraum
01.01.2024 bis 31.12.2026

	errechneter Geb.satz	bisheriger Geb.satz
Steuerrechtlicher Gebührensatz		
Wassergebühr (Leistungsgebühr) bei Grundgebühr	3,50 €/m ³	2,10 €/m ³
Bereitstellungsgebühr	0,52 €/m ³	0,31 €/m ³
Grundgebühren Wasser (mit fixen Kostenanteilen)		
Q ₃ 4	5,02 €/Monat	5,62 €/Monat
Q ₃ 10	12,55 €/Monat	14,05 €/Monat
Q ₃ 16	20,09 €/Monat	22,48 €/Monat

Hinzu kommt die gesetzliche Mehrwertsteuer.

**Berechnung der Wassergebühr (Leistungsgebühr) bei Erhebung Grundgebühr
auf Grundlage des Ausschlusses der Gewinnerzielungsabsicht**

	2024	2025	2026	2024-2026
Ermittlung der gebührenfähigen Kosten				
Kosten laut Anlage 1	705.221 €	645.805 €	659.005 €	
abzgl. Erlöse laut Anlage 1	-135.183 €	-34.398 €	-34.538 €	
Gebührenfähige Kosten (ohne Berücksichtigung Vorjahre)	570.038 €	611.407 €	624.467 €	1.805.912 €
abzgl. erwartete Erlöse aus Grundgebühren	-69.005 €	-69.005 €	-69.005 €	
abzgl. erwartete Erlöse aus Bereitstellungsgebühren	-5.564 €	-5.564 €	-5.564 €	
Anteil Gebührenfähige Kosten Leistungsgebühr (ohne Vorjahre)	495.469 €	536.838 €	549.898 €	1.582.205 €
Darstellung prognostizierter Wassermengen laut Anlage 4	150.500 m³	150.500 m³	150.500 m³	451.500 m³
Wassergebühr ohne Berücksichtigung Vorjahre				3,50 €/m³
nachrichtlich: Verbrauchsgebühr Bauwasser				4,00 €/m³

Kosten 2024-2026

Anlage 1

Ergebnishaushalt

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	Kosten			Summe 2024-2026
			2024	2025	2026	
4212000	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	11.500	11.500	12.250	2.350	26.100
4231000	Mieten und Pachten	4.200	4.200	4.200	4.200	12.600
4271300	Wasseruntersuchung	2.000	2.000	2.000	2.000	6.000
4272000	Aufwendungen für EDV	500	500	500	500	1.500
4273001	Wasserbezug (BKU ZV WV Kochereckgruppe)	265.200	265.200	302.900	333.000	901.100
4353000	Allgemeine Zuweisungen an Zweckverbände (Festkostenumlage)	176.000				
	Betriebskosten (Festkostenumlage)		128.183	121.649	116.061	365.893
	AfA (Festkostenumlage)		35.585	68.946	68.946	173.477
	Zinsen (Festkostenumlage)		12.232	46.705	45.593	104.530
4411000	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	98.400	98.400	25.900	26.500	150.800
4433000	Post, Telefon und Internet	400	400	0	0	400
4436000	Rechts- und Beratungskosten, Sachverständigenkosten	12.000	12.000	12.000	12.000	36.000
4438000	Sonstige Geschäftsausgaben	18.100	18.100	18.300	18.500	54.900
4441000	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	100	100	100	100	300
	Summe Betriebskosten	588.400	588.400	615.450	629.750	1.833.600
4790000	Sonstige Abschreibungen *)	113.400				
	Abschreibungen Gemeinde lt. Anl. 3		113.521	28.455	28.455	170.431
4517000	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	3.300				
	tatsächliche FK-Verzinsung Gemeinde lt. Anl. 3		3.300	1.900	800	6.000
	Summe Abschreibungen und Zinsen	116.700	116.821	30.355	29.255	176.431
	Summe Kosten	705.100	705.221	645.805	659.005	2.010.031
Kontrollsumme		705.100				
Differenz		0				

Erlöse 2024-2026

Ergebnishaushalt

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	Erlöse			Summe 2024-2026
			2024	2025	2026	
3321000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte *)	400.000				
			437	437	437	1.311
3411000	Mieten und Pachten	2.000	2.000	2.000	2.000	6.000
3483000	Erstattungen von Zweckverbänden	59.800	59.800	0	0	59.800
3488000	Erstattungen von übrigen Bereichen	6.000	6.000	6.000	6.000	18.000
	Summe Erlöse	467.800	68.237	8.437	8.437	85.111
3161000	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten a. Zuwendungen *)	69.900				
	Auflösung Gemeinde lt. Anl. 3		66.946	25.961	26.101	119.008
	Summe Auflösungen	69.900	66.946	25.961	26.101	119.008
	Summe Erlöse	537.700	135.183	34.398	34.538	204.119
Kontrollsumme		537.700				
Differenz		0				

*) wird in der Kalkulation errechnet

Anlagenachweis zum 31.12.2021 Gemeinde

Investitionen und Ertragszuschüsse

Anlage 2

	AHK	AfA	RBW
Ähnliche Rechte	16.444	588	11.158
Imm. Vermögensgegenst. Entschädigung	4.960	0	4.960
Grund u. Boden mit sonst. Dienstleistungen	222	0	222
Gebäude, Aufbauten u. Betr.vor	618.469	19.789	464.888
Grund u. Boden Infrastrukturvermögen	13.554	0	13.554
Strom- Gas- Wasserleitung	4.385.757	95.565	3.840.406
Fahrzeuge	0	968	0
Maschinen	9.833	409	985
Technische Anlagen	1.375.132	46.836	1.192.293
BGA	121	0	1
Beteiligungen	6.605	0	6.605
Investitionen	6.431.097	164.155	5.535.072
Sonderposten aus Zuwendungen u. Umlagen Land	3.766.079	68.147	3.440.991
Sonderposten aus Zuwendungen u. Umlagen Gemeinden u. GV	78.156	2.857	69.111
Beiträge / HA-KE	290.097	7.573	214.881
Sonstige Sonderposten	189.541	6.480	170.965
Ertragszuschüsse	4.323.873	85.057	3.895.948
Netto-AV (d. h. Investitionen abzgl. Ertragszuschüsse)	2.107.224	79.098	1.639.124
nachrichtlich			
Anlagen im Bau	13.043	0	13.043
Kontrollsumme AN Investitionen	6.444.140	164.155	5.548.115
Kontrollsumme AN Zuschüsse und Beiträge	4.323.873	85.057	3.895.948
Differenz	0	0	0

Zugänge bei Investitionen und Ertragszuschüssen Gemeinde

Anlage 3

Anschaffungs- und Herstellungskosten	ND	Monat	2022	2023	2024	2025	2026
Zugänge Investitionen (AHK) Gemeinde							
· Zugänge 2022			41.059	0	0	0	0
· Zugänge 2023			0	8.477	0	0	0
· Erwerb von beweglichem Vermögen	10	10	0	0	5.000	0	0
· Haus- und Grundstücksanschlüsse Braunsbach	50	10	0	0	3.000	0	0
Summe Zugänge Investitionen			41.059	8.477	8.000	0	0

Ertragszuschüsse (Zuschüsse und Beiträge)	ND	Monat	2022	2023	2024	2025	2026
Zugänge Ertragszuschüsse							
· Zugänge 2022			129.323	0	0	0	0
· Zugänge 2023			0	450.178	0	0	0
· Wasserversorgungsbeiträge Allgemein	50	10	0	0	7.000	7.000	7.000
· Haus- und Grundstücksanschlüsse Braunsbach	50	10	0	0	1.000	0	0
Summe Zugänge Ertragszuschüsse			129.323	450.178	8.000	7.000	7.000

Fortschreibung der kalkulatorischen Kosten Gemeinde

Kalkulatorische Kosten	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Abschreibung						
Erhöhung AfA aus Zugängen		0	0	140	0	0
Veränderung AfA-Bestand		-43.979	5.898	-12.693	-85.066	0
AfA	164.155	120.176	126.074	113.521	28.455	28.455
Auflösung						
Erhöhung Auflösung aus Zugängen		0	0	40	140	140
Veränderung Aufl. Bestand		-11.849	227	-6.529	-41.125	0
Auflösung Ertragszuschüsse	85.057	73.208	73.435	66.946	25.961	26.101

Darstellung der Verzinsung Gemeinde

tatsächliche Fremdkapitalverzinsung (steuerrechtlich)

· Zinsen für Darlehen				3.300	1.900	800
Fremdkapitalzins				3.300	1.900	800

Wassermengen

Anlage 4

Darstellung bisheriger Wassermengen

	2020	2021	2022	Mittelwert
veranlagte Wassermengen	147.850 m³	145.998 m³	157.608 m³	150.485 m³
Wassermenge	147.850 m³	145.998 m³	157.608 m³	150.485 m³

Darstellung prognostizierter Wassermengen

	2024	2025	2026	2024-2026
erwartete Wassermengen (Prognose)	150.500 m³	150.500 m³	150.500 m³	451.500 m³
Wassermenge Prognose	150.500 m³	150.500 m³	150.500 m³	451.500 m³

Darstellung bisheriger Wassermengen Bereitstellungsgebühr

	2020	2021	2022	Mittelwert
veranlagte Wassermengen Bereitstellungsgebühr	12.847 m³	11.090 m³	8.048 m³	10.662 m³
Wassermenge	12.847 m³	11.090 m³	8.048 m³	10.662 m³

Darstellung prognostizierter Wassermengen Bereitstellungsgebühr

	2024	2025	2026	2024-2026
erwartete Wassermengen Bereitstellungsgebühr (Prognose)	10.700 m³	10.700 m³	10.700 m³	32.100 m³
Wassermenge Prognose	10.700 m³	10.700 m³	10.700 m³	32.100 m³

Bereitstellungsgebühr Wasser (steuerrechtliche Aspekte)

Anlage 5

	2024	2025	2026	2024 - 2026
Wasserversorgung - Fixe Kosten für Bereitstellung				
Abschreibungen lt. Anlage 1	149.106 €	97.401 €	97.401 €	343.908 €
Fremdzinsen lt. Anlage 1	15.532 €	48.605 €	46.393 €	110.530 €
abzgl. Auflösung der Ertragszuschüsse lt. Anlage 1	-66.946 €	-25.961 €	-26.101 €	-119.008 €
Gebührenfähige Kosten (ohne Berücksichtigung Vorjahre)	97.692 €	120.045 €	117.693 €	335.430 €
dausaus zu berücksichtigender Anteil 75%	73.269 €	90.034 €	88.270 €	251.573 €
prognostizierte Wassermengen zentrale Abnehmer	150.500 m³	150.500 m³	150.500 m³	451.500 m³
zuzüglich Bereitstellungsmenge	10.700 m³	10.700 m³	10.700 m³	32.100 m³
prognostizierte Wassermengen inkl. Bereitstellungsmenge	161.200 m³	161.200 m³	161.200 m³	483.600 m³
Bereitstellungsgebühr Wasser ohne Berücksichtigung Vorjahre				0,52 €/m³
nachrichtlich: Bereitstellungsgebühr bei 100 %:				0,69 €/m³

Erwartete Einnahmen aus Bereitstellungsgebühren (steuerrechtlich)

	2024	2025	2026	2024 - 2026
Prognostizierte Menge für Bereitstellungsgebühr	10.700 m³	10.700 m³	10.700 m³	32.100 m³
Erwartete Einnahmen aus Bereitstellungsgebühren	5.564 €	5.564 €	5.564 €	16.692 €

Grundgebühr Wasser

Anlage 6

Ermittlung der Bemessungseinheiten (BE)

Dauerdurchfluss	Zugang	Anzahl Zähler	Äquivalenz	BE
Q ₃ 4	0	1.110	1,00	1.110,00 BE
Q ₃ 10	0	11	2,50	27,50 BE
Q ₃ 16	0	2	4,00	8,00 BE
Summe 2024		1.123		1.145,50 BE
Q ₃ 4	0	1.110	1,00	1.110,00 BE
Q ₃ 10	0	11	2,50	27,50 BE
Q ₃ 16	0	2	4,00	8,00 BE
Summe 2025		1.123		1.145,50 BE
Q ₃ 4	0	1.110	1,00	1.110,00 BE
Q ₃ 10	0	11	2,50	27,50 BE
Q ₃ 16	0	2	4,00	8,00 BE
Summe 2026		1.123		1.145,50 BE
Gesamtsumme der Bemessungseinheiten				3.436,50 BE

Einbezogene Kosten und Erlöse

Darstellung einbezogener Kosten und Erlöse	2024	2025	2026	2024-2026
Summe Abschreibungen und Zinsen	164.638 €	146.006 €	143.794 €	454.438 €
Summe Auflösungen	-66.946 €	-25.961 €	-26.101 €	-119.008 €
Summe Bereitstellungsgebühren	-5.564 €	-5.564 €	-5.564 €	-16.692 €
Summe Fixkosten (kalk. Kosten - kalk. Erlöse)	92.128 €	114.481 €	112.129 €	318.738 €
daraus zu berücksichtigender Anteil	65,00 %	59.883 €	74.413 €	207.180 €

zu berücksichtigender Anteil **207.180 €**

$$\frac{\text{Gebührenanteil incl. Fixkosten}}{\text{Summe Bemessungseinheiten}} = \frac{207.180 \text{ €}}{3.436,50 \text{ BE}}$$

60,28 €/BE

Berechnung der Grundgebühren

GG für die Jahre 2024-2026	Gebühr/BE	Äquivalenz	GG/Jahr	GG/Monat
Q ₃ 4	60,28 €/BE	1,000	60,28 €	5,02 €
Q ₃ 10	60,28 €/BE	2,500	150,70 €	12,55 €
Q ₃ 16	60,28 €/BE	4,000	241,12 €	20,09 €

Erwartete Einnahmen aus Grundgebühren

	GG/Monat	Anzahl Zähler	erwartete Einnahmen
Q ₃ 4	5,02 €	1.110	66.866 €
Q ₃ 10	12,55 €	11	1.657 €
Q ₃ 16	20,09 €	2	482 €
Summe 2024		1.123	69.005 €
Q ₃ 4	5,02 €	1.110	66.866 €
Q ₃ 10	12,55 €	11	1.657 €
Q ₃ 16	20,09 €	2	482 €
Summe 2025		1.123	69.005 €
Q ₃ 4	5,02 €	1.110	66.866 €
Q ₃ 10	12,55 €	11	1.657 €
Q ₃ 16	20,09 €	2	482 €
Summe 2026		1.123	69.005 €
Summe erwartete Gebühreneinnahmen für den Bemessungszeitraum			207.015 €